

Ressort: Finanzen

Ökonomen erwarten Einführung einer Parallelwährung in Griechenland

Berlin, 19.03.2015, 15:07 Uhr

GDN - Angesichts der Blockadehaltung der griechischen Regierung gegenüber den internationalen Geldgebern rechnen führende Ökonomen damit, dass das krisengeschüttelte Mittelmeer-Land schon bald gezwungen sein dürfte, eine Parallelwährung einzuführen. "Jeder Tag ohne eine glaubwürdige Strategie der Athener Regierung, wie sie das Land aus der Krise führen will, rückt das Land näher zum finanziellen und wirtschaftlichen Kollaps. Auch Europa wird für das Scheitern Griechenlands und seines Staates einen hohen Preis zahlen", sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe).

"Letztlich wird diese Politik wohl zur Einführung einer griechischen Parallelwährung führen, was jedoch die europäischen Regeln brechen würde." Auch der Chefvolkswirt der DZ Bank, Stefan Bielmeier, hält die Einführung einer Parallelwährung für wahrscheinlich, sollten die Finanzhilfen ausbleiben und auch keine sonstige Lösung gefunden werden. "Dann dürfte Griechenland zahlungsunfähig werden", sagte Bielmeier dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe). In einem solchen Fall geht er davon aus, dass die Europäische Zentralbank (EZB) dann die Nothilfen für die angeschlagenen griechischen Banken stoppt. Das Land wäre dann zwar insolvent, müsse deshalb aber nicht den Euro-Raum verlassen. Dies sei eine Entscheidung, die Griechenland unabhängig hiervon treffen könne. "Aus meiner Sicht ist es wahrscheinlicher, dass Griechenland in einem solchen Szenario eine parallele Währung zum Euro einführt." Diese Ansicht vertritt auch der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, auch wenn sich die griechische Regierung gegen ein solches Szenario stemmen sollte. Ohne Hilfe der internationalen Geldgeber werde Griechenland keine weiteren finanziellen Verpflichtungen mehr erfüllen oder es werde versuchen, durch Umlenkung von Mitteln aus dem Staatshaushalt eine kurzfristige Lösung zu finden. Weit trage aber auch das nicht, sagte Hüther dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe). Denn die Möglichkeiten seien angesichts anderer Ausgabenverpflichtungen und "weitgehend ausgereizter Abschöpfungen", wie beispielsweise der Sozialversicherung, "sehr begrenzt". Auch Hüther geht davon aus, dass die EZB angesichts solcher Entwicklungen die bisher für Griechenland rettenden ELA-Kredite kaum weiterführen könne. "Zugleich wird die Kapitalflucht forciert weitergehen, falls nicht schnell restriktive Kapitalverkehrskontrollen verhängt werden", ist der IW-Chef überzeugt. Dann aber dürfte der Liquiditätskreislauf im Land zusammenbrechen und Griechenland zu einer "Barter-Ökonomie" (Tauschhandel-Wirtschaft) werden. "Überdies", so Hüther weiter, "droht dann, dass Rohstoffimporte – wie Öl – nicht mehr zu finanzieren sind und unterbleiben, was den Kollaps von Produktion und Mobilität in weiten Teilen begründen kann." Der Regierung bleibe dann "nichts übrig, als eine eigene Währung einzuführen".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-51637/oekonomen-erwarten-einfuehrung-einer-parallelwaehrung-in-griechenland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com